

# Frankenberger Tageblatt

## Bezirks-Anzeiger

Das Tageblatt erscheint an jedem Freitag: Monats-Bezugspreis bei Abnahme in den Bezugsstellen der Stadt 2.00 RM., in den Bezugsstellen des Landgebietes 2.10 RM., bei Bestellungen im Abonnement 2.15 RM., bei Bestellungen im Einzelverkauf 2.20 RM.  
Wochenpreis 35 Pf., Anzeigenpreis 10 Pf., Geschäftsstunden 9 bis 12 Uhr.  
Verlagsadresse: Stadt 2001, Gemeindegemeinschaft: Frankenberger, Telefon 51. Telegr. Nr.: 2001 Frankenberger.

Anzeigenpreis: 1 Zeile (10 bis 12 Wörter) für 10 Tage 1.00 RM., für 15 Tage 1.25 RM., für 20 Tage 1.50 RM., für 30 Tage 1.75 RM., für 40 Tage 2.00 RM., für 50 Tage 2.25 RM., für 60 Tage 2.50 RM., für 70 Tage 2.75 RM., für 80 Tage 3.00 RM., für 90 Tage 3.25 RM., für 100 Tage 3.50 RM., für 120 Tage 4.00 RM., für 150 Tage 4.50 RM., für 180 Tage 5.00 RM., für 200 Tage 5.50 RM., für 250 Tage 6.00 RM., für 300 Tage 6.50 RM., für 350 Tage 7.00 RM., für 400 Tage 7.50 RM., für 450 Tage 8.00 RM., für 500 Tage 8.50 RM., für 600 Tage 9.00 RM., für 700 Tage 9.50 RM., für 800 Tage 10.00 RM., für 900 Tage 10.50 RM., für 1000 Tage 11.00 RM.  
Für längere Zeilen und für besondere Anzeigen wird ein besonderer Preis vereinbart.  
Die Anzeigen werden in der Reihenfolge der Aufnahme veröffentlicht.  
Die Anzeigen werden in der Reihenfolge der Aufnahme veröffentlicht.

Das Frankenberger Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Zittau, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa befähigter Blatt.  
Notationsdruck und Verlag: C. G. Rothberg (Jnh. Ernst Rothberg jun.) in Frankenberg. Verantwortlich für die Redaktion: Karl Plegert in Frankenberg.

Nr. 296

Donnerstag den 20. Dezember 1928 nachmittags

87. Jahrgang

### Kurzer Tagespiegel

Reichsgerichtspräsident Dr. Simons hat im Zusammenhang mit dem Konflikt um die Besetzung der Verwaltungsstellen bei der Reichsbahn sein Rücktrittsgesuch eingereicht.

Das Reichstabinett befaßte sich am gestrigen Mittwoch mit der Besetzung des Reichsgerichtspräsidenten. Eine Stellungnahme zu seinem Rücktrittsgesuch soll erst am Freitag erfolgen.

Am Mittwoch fand in Moskau die letzte Vollziehung der deutsch-russischen Wirtschaftskonferenz statt.

Im englischen Unterhaus kam es während einer Debatte über die Rheinlandräumung zu hitzigen Auseinandersetzungen.

Chamberlain erklärte auf eine Anfrage über das Ergebnis der Besprechungen von Lugano im Unterhaus, daß ein Ergebnis in der Reparationsfrage nicht getroffen und auch nicht gesucht worden sei.

Nach englischen Berichten sind um Rabul neue Rämpfe entbrannt. Ein englisches Flugzeug ist von afghanischen Aufständischen abgeschossen und zur Notlandung gezwungen worden.

In der Unterredung Trigonens mit Hoover hat der Präsident Argentinens die Frage der amerikanischen Interkontinentalpolitik in Mittel- und Südamerika aufgeworfen.

Briand hat seine Besprechungen über die Schlichtung des Chaco-Konfliktes fortgesetzt. Bolivien hat nunmehr in einer Note an Briand von der Wahrung der panamerikanischen Vermittlung Mitteilung gemacht.

Der Vermittlungsausschuß der panamerikanischen Konferenz hat seine Tätigkeit aufgenommen.

Die Beratungen über den Kellogg-Pakt im amerikanischen Senat ist bis nach New-Jahr verschoben worden.

Auf die Stationsstaffe in Rulmbach wurde ein verwegener Raubüberfall verübt. Den Räubern fielen 6000 Mark in die Hände.

### Illusion und Wirklichkeit

Zu den bolivianisch-paraguayischen Kämpfen  
Von Dr. Claus Spitta

Der den Frieden preisende Völkerbund erlebte bei seiner letzten Ratifizierung einen Ausfall, wie er beinahe nie zuvor vorkam. Der polnische Außenminister Jalecki verbot die deutschen Mitgliederrechte und ließ es sich auch nach der ihm von Dr. Stresemann erteilten Abfuhr nicht nehmen, erneut die Vorrechte abgegrenzter deutscher Volksgruppen und sogar die Grenzlandreisen des Reichspräsidenten herabzuwürdigen.

Was schon dieser überaus bedenkliche deutsch-polnische Zwischenfall ein Beweis dafür, daß in Grenzlandfragen, die vornehmlich die Schicksale der betroffenen Nationen betreffen, der Völkerbund seine eigentliche Aufgabe, bei zwischenstaatlichen Konflikten rasche Klärung und gerechten Ausgleich zu schaffen, kaum zu meistern vermag, so zeigt erst recht der gleichfalls aus Grenzlandfragen entstandene Konflikt zwischen Bolivien und Paraguay, wie sich auch heute noch Theorie und Praxis voneinander unterscheiden, sobald es für den Völkerbund gilt, bedeutsame Auseinandersetzungen seiner Mitgliederstaaten zu regeln.

Gerade die Vorweihnachtsstimmung des Völkerbundes, die der alten Volkshaft vom „Frieden auf Erden“ eine neue Geltung hätte sichern können, falls der Geist wahrhafter Völkerverständigung bei allen Mitgliedern des Bundes vorherrscht hätte, zeigte sowohl bei den deutsch-französischen Räumungsverhandlungen als auch beim polnisch-deutschen Minderheitenproblem und weit mehr bei den Auseinandersetzungen zwischen Bolivien und Paraguay einen Verlauf, der alle Freunde einer allgemeinen Völkerverständigung nur enttäuschen kann.

Bolivien und Paraguay sind beide Mitglieder des Völkerbundes. Durch ihren Beitritt haben sie die Statuten dieser internationalen Institution anerkannt. Als sich aber der Konflikt im Chaco-Gebiet immer bedrohlicher bis zum Abbruch der diplomatischen Verhandlungen ausweitete, begann und Briand in seiner Eigenschaft als Vizepräsident der Regierung von Bolivien und Paraguay das bekannte „Empfehlungsgesetz des Völkerbundesrates“ telegraphisch abermittelte, das u. a. den Vorschlag zu friedlicher Beilegung aller schwerwiegenden Streitfragen enthält, das zeigte sich in erschreckender Deutlichkeit, wie schwerfällig und

hilflos die heutige Arbeitsweise des Völkerbundes allen akuten diplomatischen Vorfällen gegenüber tatsächlich ist. — Während man sich zu Lugano in nichtöffentlicher Sitzung mit diesem Problem befaßte, begannen in der Gefährtengasse bereits die Waffen zu sprechen. Bolivien antwortete zwar dem Rat umgehend und betonte seine Loyalität als Völkerbundmitglied, gleichzeitig aber erklärte es, Genugtuung verlangen zu müssen, da weitere Zusammenstöße zu erwarten seien. Und dann überstürzten sich die Geheimnisse...

Gleich zu Beginn antworteten zwischen bolivianischen und — vermutlich schwächeren — paraguayischen Streitkräften heftige Kämpfe um die Forts Bogueron und Rojas Sopa. Flugzeuggeschwader trafen Bomben werfend in Tätigkeit, kurz, die Kriegsfurie hatte dort über Nacht im Donner der Geschütze ihre Herrschaft angetreten. In La Paz riefen die ersten Siegesmeldungen vom „Kriegsschloß“ wahre Stürme von Begeisterung herauf. — Selbstverständlich meldete das erste offizielle Kommuniqué der bolivianischen Regierung über die Einnahme der Forts: „Bolivien hatte nach dem Verbrechen vom Fort Bauguardia die unentrichtbare Pflicht, im Rahmen der internationalen Verpflichtungen und der beschworenen Friedensverträge eine Genugtuung herbeizuführen und gleichzeitig eine Wiederholung der Zusammenstöße unmöglich zu machen.“ So lautet die Sprache der Tatsachen.

Wie papieren nimmt sich angeht dieser wichtigen Ereignisse die sonstige Wahrnehmung Briands zum Frieden aus! Wenn erst Wat gelassen ist, kann kein Einseitiger behaupten, der Völkerbund als eine Kräfte verbindende Einrichtung habe den in ihm getriebenen internationalen Erwartungen in vollem Maße entsprochen. Auf tönerne Füßen steht ein solches Gebilde, das nicht imstande ist, seine moralisch verankerten machtpolitischen Funktionen in entscheidenden Augenblicken auszuüben zu können. Wenn Argentinien, der König von Spanien und der päpstliche Stuhl sich bereit erklären, interessiert den Kampf in Südamerika beizulegen, wenn sich in den Vereinigten Staaten die Opposition gegen die Ratifizierung des Kellogg-Paktes rühmlich veranßert, so sind dieses alles symptomatische Zeichen am politischen unwirklichen Himmel der Gegenwart. Es spricht daraus im allgemeinen ein Vermisstrauensvotum auf internationaler Völkergemeinschaft gegenüber, dem Völkerbund.

### Die Rücktrittsabsichten des Reichsgerichtspräsidenten

Leipzig, 20. 12. (Funkspruch.) Zu den Gerüchten über Rücktrittsabsichten des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons schreibt die „Neue Leipziger Zeitung“, daß man es in Reichsgerichtskreisen für durchaus denkbar halte, daß Präsident Dr. Simons, der 1929 abgesehen die gesetzliche Altersgrenze erreicht, aus dem Konflikt mit der Reichsregierung die Folgerungen ziehe und sofort aus seinem Amte aussteige. Die Zweifel an der Möglichkeit eines weiteren Wirkens als Chef des obersten deutschen Gerichts, die in Dr. Simons schon durch das Verhalten des Reiches im Streit um den kaiserlichen Verwaltungssitz gewedt worden seien, hätten sich nunmehr bezeugt veräußert, daß dem Präsidenten ein rascher Rücktritt als unabwendbar notwendig erscheine.

### Scharfe Stellungnahme

der „Bayerischen Staatszeitung“ zum Streit um die Reichsbahnfrage

München, 19. 12. Zu dem Streit über die Besetzung der Reichsbahnfrage nimmt die „Bayerische Staatszeitung“ außerordentlich scharf Stellung. Sie erklärt, daß die öffentliche Meinung in Bayern geschlossen hinter Baden, Württemberg und Sachsen stehe und genau so wie diese das Vorgehen des Reiches beurteile, das in einer selbst für dessen neuzeitliche Umgestaltungsformen im Verkehr mit den Ländern ungewöhnlichen Rücksichtslosigkeit vor der Entsetzung des Staatsgerichtshofes die Länder und auch die höchste Rechtsinstanz vor vollendete Tatsachen gestellt habe. Das schlimmste sei freilich bei der ganzen Angelegenheit, daß die Länder Baden, Württemberg und Sachsen, selbst wenn sie beim Staatsgerichtshof ein abgegangenes Urteil erstreiten würden, nun bis zum Schluß des Jahres 1930 auf die Erfüllung ihrer Rechte warten müßten.

### Stresemann wieder in Berlin

Nachdem sich eine Sondertagung des Völkerbundes wegen des Schanau-Konfliktes durch die Einhaltung der pan-amerikanischen Union weitläufig vorläufig als überflüssig erwiesen hat, ist mit einer Reihe des Reichsaussenministers nach Paris nicht mehr zu rechnen. Man nimmt überhaupt an, daß Deutschland sich bei einer einmaligen Sondertagung des Völkerbundes durch den Pariser Gesandten von Kocich vertreten lassen würde. Der Reichsaussenminister wird für Donnerstag nachmittags in Berlin zurück erwartet. Sein Gesundheitszustand ist, wie die amtlichen Stellen betonen, trotz der Strapazen und Aufregungen der Ratstagung, ausgezeichnet.

### Was wird aus den Schanau-Werken?

(Eigener Informationsdienst.)

Berlin, 20. Dezember.

Ueber die Schanau-Werke waren in einem Teile der deutschen Presse in letzter Zeit wiederholt vollkommen irreführende und den Sachverhalt entstellende Nachrichten verbreitet. Tatsache ist, wie wir an zutreffender Stelle in Erfahrung bringen konnten, daß die Schanau-Werke im Jahre 1926 vom Reich einen Kredit in Höhe von 11 Millionen Reichsmark erhielten, der allerdings infolge der schiefen Konjunktur verwickelt wurde. Im Jahre 1928 erhielten die Werke weitere Subventionen vom Reich in Höhe von 5.15 Millionen Reichsmark und zwar aus den für beratige Zwecke vorzulegenden Geldmitteln. Das Reich hat also die schuldlosen Schanau-Werke in dem Umfang unterstützt wie mehrere andere größere wirtschaftlich gefährdete Unternehmungen der Schiffbau-Industrie. Wie wir hören, sollen die Schanau-Werke nunmehr in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden, an der sich auch das Reich beteiligen soll und zwar mit einem Kapital von 25 Millionen Reichsmark. Dazu soll sich das Reich verpflichten, in einem Zeitraum von 10 Jahren jährlich einen Zuschuß von 2.5 Millionen Reichsmark zu leisten. Mit dieser Angelegenheit beschäftigt sich zurzeit der Sachverständigenausschuß des Reichsanlages. Die Entscheidung wird voraussichtlich bereits Ende Dezember fallen.

### Ueberraschender Vorstoß Seipels

Der österreichische Bundeskanzler hat seine Rede in Graz zu einem überaus scharfen Vorstoß gegen die Sozialdemokratie benutzt. Diese Tatsache wird in politischen Kreisen Österreichs um so mehr besprochen, als gerade gegenwärtig zwischen den jetzigen Regierungsparteien, also Christlich-Sozialen, Land- und Großhändler, sehr erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestehen, so daß man schon von einem Aufklagen der Koalition gesprochen hat. Seipel ist noch auf diese Frage eingegangen und hat der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß es gelingen werde, diese Koalition nur noch enger zusammenzuschließen. Gerade lenkational aber wirkte das starke Verkenntnis Seipels zum Himmelsgedanken, in dem er den Ausdruck wädrer Demokratie gegenüber den Verzerrungen des Parlamentarismus nicht. Im Zusammenhang mit dem starken Hervortreten der Sozialdemokratie und ihrer neuerdings aufgenommenen Verbindlichkeit in Wien gewinnen diese Ausmerkungen eine erhöhte Bedeutung.

### Die afghanische Gesandtschaft in London über die Lage

London, 20. 12. (Funkspruch.) Die afghanische Gesandtschaft in London veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt:

Die Hauptschwierigkeiten in Afghanistan liegen in dem östlichen Bezirk von Dschalalabad, wo die Stämme nach Einführung gewisser neuer Methoden aufständisch geworden sind. Nach den vorliegenden Nachrichten seien die aufständischen Stämme durch die nach Dschalalabad entsandten Truppen besiegt worden. Die Lage habe im Augenblick eine wesentliche Entspannung erfahren. Das Aufstandsgebiet liege etwa 200 Meilen von Kabul entfernt und stehe in keiner Verbindung mit den Ereignissen in der Hauptstadt selbst. Nach den letzten der Gesandtschaft vorliegenden, vom Mittwoch abend datierten Nachrichten sei die Ruhe in Kabul nicht gestört. Am vergangenen Sonntag habe eine Gruppe von etwa 400 Räubern unter Anführung eines sehr bekannten Räubersführers ein oder zwei kleinere Militärposten zwölf Meilen außerhalb von Kabul angegriffen. Die Regierung habe Streitkräfte mit dem Ergebnis entsandt, daß verscheidene Führer getötet oder gefangen genommen worden seien. Die Regierung sei sowohl in der Hauptstadt selbst wie in dem Bezirk von Dschalalabad Herr der Lage. Die Gesandtschaft betont schließ-

lich, daß sie in ständiger Verbindung mit Kabul stehe. Demgegenüber berichtet die „Times“, daß die letzten von der britischen Gesandtschaft in Kabul vorliegenden Mitteilungen vom Sonntag abend datiert seien. Die drahtlose Station im Zentrum von Kabul sei zwar in der Lage, Mitteilungen zu empfangen, aber außerstande, solche auszusenden. In Peshawar sei das Gerücht verbreitet, daß der afghanische Außenminister von dem Schmaris gefangen genommen und erschossen worden ist. Auch der Kriegsminister soll in Dschalalabad in die Hände der Dschimaris gefallen sein.

### Der vermiedene Krieg

Berlin, 19. 12. (Eigene Meldung.) Den plötzliche Umkehrung in Bolivien, der zu einem Nachgeben gegenüber den Vermittlungsversuchen der übrigen amerikanischen Mächte führte, hat zunächst in Europa einiges Erstaunen hervorgerufen. Nachdem sich aber herausgestellt hatte, daß die großen Mächte Südamerikas gegenwärtig an einer kriegerischen Austragung der Meinungsverschiedenheiten zwischen Bolivien und Paraguay kein Interesse haben, mußte die so überraschend in Szene gesetzte Aktion wieder abgeblasen werden. Verfehlt wäre es aber, anzunehmen, daß hierbei die wiederholten Telegramme des Völkerbundes eine entscheidende Rolle gespielt hätten. Vielmehr hat sich offenbar nur der Druck der Nachbarstaaten, also Argentiniens und Chiles in erster Linie, ausgewirkt, die aus rein machtpolitischen Interessen heraus die beiden Kampfpunkte auseinanderzubringen trachten. Was jetzt noch hinterher kommt, etwaige Schiedssprüche der pan-amerikanischen Konferenz oder sonstige Kommissionsbeschlüsse, sind nicht als Entscheidendes, dazu bestimmt, der Weltöffentlichkeit vorzuführen, welchen gewaltigen Einfluß die internationalen Organisationen besitzen. Wenn man die wahren politischen Verhältnisse erkennen will, dann mag man sich erinnern, mit welchem Bangen die Staaten des Völkerbundes darauf geschaut haben, welche Entschlüsse die südamerikanischen Großstaaten fassen würden.

### Glückwunschtelegramme Briands an Bolivien und Paraguay

Paris, 20. 12. (Funkspruch.) In Paris wird die günstige Wendung begrüßt, die seit Mittwoch in dem Konflikt zwischen Bolivien und Paraguay eingetreten ist. In den Abendstunden richtete Briand als Vorsitzender des Völkerbundes an die Regierungen in La Paz und Asuncion Telegramme, in denen er sie zu der Absicht beglückwünscht, die Streitfragen schiedsgerichtlich zu regeln. In dem Telegramm wird hervorgehoben, daß es der Völkerbundrat, dessen Bemühungen darauf gerichtet seien, eine Zustimmung von Streitfragen zu verhindern, nur begründen könne, wenn ein Konflikt zwischen zwei Mitgliedern des Völkerbundes, die durch die Rasse und die gemeinsamen Traditionen geeint seien, eingedämmt werde und die Initiative der pan-amerikanischen Schiedsgerichtskonferenz eine günstige Aufnahme gefunden habe.

Briand unterrichtete die Mitglieder des Völkerbundes telegraphisch von der günstigen Wendung im südamerikanischen Konflikt.

### Der Prozeß

der Prinzessin Jutta gegen das Deutsche Reich

Paris, 19. 12. Mit dem deutsch-jugoslawischen Schiedsgericht wird seit Dienstag die Klage der ehemaligen deutschen Prinzessin Jutta von Montenegro, gegen das Deutsche Reich verhandelt. Die Prinzessin erhebt einen Anspruch von 15 Millionen Mark aus dem Versailles Vertrag her, deren Auszahlung sie von der montenegrinischen Regierung verlangt. Die Prinzessin ist durch Paul Boncourt vertreten. Zur Begründung der Klage führte Paul Boncourt aus, daß sich der Rechtsanspruch der Prinzessin aus dem Versailles Vertrag begründe und unantastbar sei. Die Prinzessin sei nach diesem Vertrag jugoslawische Staatsangehörige und als solche müßte ihrer Forderung an das Deutsche Reich Folge gegeben werden. Die Vertreter des Deutschen Reiches beantworteten die Ausführungen Paul Boncourts und bestritten die Berechtigung der Klage. Der Prozeß wird sich möglicherweise noch mehrere Tage hinziehen.